

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Der Sindelfinger Parteitag mit seiner Einstimmigkeit und Harmonie ist vorbei. Mit der Vorstellung der MinisterInnen konnten die Delegierten und Gäste endlich wieder einmal designierte sozialdemokratische Regierungsmitglieder bewundern. Die Vorstellung reichte bei einigen nun doch nicht gerade aus, sich ein Bild über die Qualifikationen der neuen Kabinettsmitglieder zu machen. Hinderlich war dabei, dass über die Gründe der Auswahl der einzelnen Personen recht wenig bekannt war. Etwas mehr an Information hätte wohl nicht geschadet.

Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten Kretschmann mit den zwei Stimmen aus der Opposition war schon ein Ding. Nun aber beginnt der politische Alltag. Das Regieren wird wohl nicht so leicht werden. Dafür werden schon die „Dauerbrenner“ EnBW- Deal mit seinen Folgen, EnBW-Umbau und S 21 sorgen. Besonders S 21 wird beiden Regierungspartnern noch anständig Ärger bereiten. Dass der neue Verkehrsminister schon jetzt ankündigt, im Falle eines ungewünschten Ergebnisses beim Stresstest die Verantwortung abzulehnen, stimmt doch sehr bedenklich.

Sieben Wochen ist es her, dass wir das magere Ergebnis (eigentlich das schlechteste Ergebnis einer

Landtagswahl) hinnehmen mussten. Hoffentlich wird das diesmal nicht so vergessen wie bei den letzten Wahlen. Sollten wir wieder in den alten Trott verfallen, ist es dann wohl aus mit der Volkspartei SPD.

Regieren (gut regieren) ist nicht alles. Es stimmt immer noch, dass wir gewaltige Strukturprobleme haben. Die sind nicht durch Regieren in Stuttgart zu lösen sondern durch harte Basisarbeit im kommunalen Bereich. Es fehlt uns hinten und vorne an Leuten, die mitmachen wollen. Wenn hier nicht sofort etwas geschieht, löst sich das Problem von selbst. Wer wird wohl eine Partei wählen, die keine Mitglieder mehr hat? Eigentlich haben wir „alten Säcke“ uns den Ruhestand bequemer vorgestellt: statt im Liegestuhl den Ruhestand zu genießen, nehmen wir jungen Leuten, die gar nicht vorhanden sind, die Plätze weg.

Im Bodenseekreisverband werden Neustrukturierung und die Verkehrsprobleme alle unsere Kräfte fordern. Gehen wir es an!

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

**Karl-Heinz König, Willi Bernhard**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
- „Wir sind gekommen, um zu bleiben!“	2- 3
- <u>EU</u> : "Sparerschutz muss an erster Stelle stehen" - "Europa braucht echten Wachstums-pakt" - Deutsche und französische Europaabgeordnete fordern die sofortige Stilllegung des Pannereaktors Fessenheim	3- 5
- ODE EINES TRAUMES ...	5
- Quo vadis – SPD Südwürttemberg ?	6- 7
- <u>SPD-Bodenseekreis</u> : Redebeitrag von Adnan Sabah beim Landesparteitag in Sindelfingen	7- 8
- Konstituierung des neuen Vorstands der SPD Bodenseekreis - Termine im Bodenseekreis	8- 9
- <u>SBI</u> : Was ist eigentlich daraus geworden? Teil VI – Prix Wasserfrau 2007 für Friederike von Wolff - Bericht zur Entwicklung im Flüchtlingsbereich	10-11
- <u>SP Kanton SG</u> : «Wir machen Politik für die ganze Bevölkerung»	11-12
- <u>SPÖ Vorarlberg</u> : Evi König geht in die wohlverdiente Pension - Scheut die ÖVP die Wahrheit? - Michael Ritsch pocht auf Einführung der Reichensteuer und faire Lohnpolitik! - Olga Pircher mit 100 % als Vorsitzende bestätigt - Werden wir gemeinsam mit den Vereinten Nationen im Kampf gegen Armut aktiv!	12-15
- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster</u> : Für Jugendhaus und Kletterhalle	15
- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis</u> : Für einen gerechten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und gegen Lohndumping - Hilde Mattheis für die Offenlegung von Nebeneinkünften	15-16
- <u>BayernSPD-SPD-Kreisverband Lindau</u> : Europafest in Lindau – Grenzenlos zufrieden	16
- <u>SPD Ba-Wü</u> : Spitze der SPD- Landtagsfraktion komplett	16-17
- <u>Pressemitteilungen der Bundes-SPD</u> : Gesellschaftliche Debatte über Pflege überfällig - Kein Handlungsspielraum für Steuer-senkungen - Flächendeckender Mindestlohn statt Lohndrückerei	17-18
- „FDP spielt „Reise nach Jerusalem“	18
- <u>Mail-Informationsdienst der SPD</u>	19-21
- Bilder zum Parteitag in Sindelfingen	22
- Bodenseereise 22.05.11 – 27.05.11 der Seniorengruppe 60 + SPD Leverkusen	22-23
- BayernSPD-SPD Kreisverband Lindau	
- SPD-Europafest in Lindau	24
- Asf – Parteischule im Willy-Brandt-Haus: „Zugaben“	25-26
- Foto: Landesparteitag Sindelfingen	26
- Impressum	27

## „Wir sind gekommen, um zu bleiben!“

### Bericht vom Sindelfinger SPD-Landesparteitag am 07.05.2011

Zum dritten Mal seit dem 2. Weltkrieg regieren die Sozialdemokraten in einer baden-württembergischen Landesregierung mit. Zweimal endete diese Ära mit einem Fiasko, einer deftigen Wahlniederlage nach einer durchaus erfolgreichen SPD-Beteiligung in einer großen Koalition, so im Jahr 1972 und in den 90er Jahren, 1996, als die SPD auf 25 Prozent bei der Landtagswahl abstürzte.

35 Diskussionsredner/innen brachten trotzdem zu Beginn ihres Statements ihre Freude über den Wahlausgang am 27. März zum Ausdruck, was dazu führte, dass immer mehr Delegierte, statt pflichtgemäß zuzuhören, entweder den Saal verließen, um an Stehpulten Kaffee zu trinken, oder gar im Saal selbst sich laut mit anderen Parteifreunden unterhielten. Nils Schmid, der SPD-Landesvorsitzende und künftige Finanz- und Wirtschaftsminister in Stuttgart, beteuerte in seiner mit viel Beifall belohnten Ansprache: „Jetzt, beim 3. Mal, sind wir gekommen, um 2016 in der nächsten Landesregierung zu bleiben!“ An die 300 Delegierten hatte er appelliert, sich immer bewusst zu sein, dass Regieren kein Zuckerschlecken ist und dass viele Kompromisse mit dem neuen Regierungspartner, den Grünen, und der Wirtschaft im Lande eingegangen werden müssen. Und der alte und neue Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, wies in seiner kurzen Rede beim Landesparteitag in der Sindelfinger Stadthalle darauf hin, dass es in vielen Bereichen der neuen Landespolitik wie bei der Bildung, der umweltverträglichen Mobilität oder der Energiewende darauf ankommt, vor Ort aktiv die politischen Ziele der künftigen grün-roten Landesregierung zu unterstützen, mit eigenen Aktivitäten in den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

„Wir haben die historische Chance“, sagte Nils Schmid, „uns in 5 Jahren den Bürgern und Wähler/innen zu beweisen, dass wir es besser machen können.“ Die Sozialdemokraten müssten Tag für Tag um das Vertrauen neu kämpfen, mit einer bürgernahen und dialogorientierten Politik bei dem Ziel, wie schon seit 150 Jahren Hindernisse aus dem Weg zu räumen, damit Menschen vom Rand der Gesellschaft in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Die Parteibasis sei nicht zum Abnicken der Politik von oben da, Zweifel und Widerspruch seien Motoren für neue Erkenntnisse und somit für den gesellschaftspolitischen Fortschritt. Baden-Württemberg müsse sich zum Musterland für gerechte Arbeitsbedingungen entwickeln, wozu vor allem das künftige Tarifreuegesetz und Landesgesetze zur Sicherung eines Mindestlohnes in verschiedenen Branchen beitragen sollen.

Einstimmig billigten die Delegierten die grün-rote Koalitionsvereinbarung und bejubelten den gemeinsamen Auftritt der sozialdemokratischen Landesminister/innen, unter ihnen die aus dem Berliner Landesparlament importierte, türkischstämmige Bilkay Oney, die nicht nur die Badener mit den Württembergern „integrieren“, sondern vielmehr den Zusammenhalt in der Gesellschaft mit mehr Chancen für Migrantinnen und Migranten auf dem Ar-

beitsmarkt und in anderen Lebensbereichen durch landespolitische Initiativen vorantreiben soll.

**Aus der Bodenseeregion gingen 3 Leute ans Parteitagsrednerpult.** Adrian Wiemer wünschte sich als Schülervertreter einen anderen Umgang des Kultusministeriums mit dem Landesschülerrat, mit weniger Arroganz und Ignoranz. Rudolf Bindig warb wie in Weingarten bei der Regionalkonferenz für das Schweizer Verfahren, bei umstrittenen Dossiers im Parteienhang auf eine eigene Ja- oder Nein-Parole bei Volksabstimmungen (wie zu Stuttgart 21) zu verzichten und eine Stimmfreigabe zu deklarieren. Der neue SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah (Bezirk Friedrichshafen) meldete sich ebenfalls zu Wort.

Er mahnte die Infrastruktur-Projekte für die Verkehrspolitik in der Bodenseeregion an: Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Bodenseegürtelbahn und die Verwirklichung des Straßenbau-Vorhabens bei den Bundesstraßen B 30, B 31 und B 33 zwischen Meersburg, Friedrichshafen und Ravensburg.

Nils Schmid mahnte seine Partei, den Grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann „uneingeschränkt zu unterstützen bei seiner schwierigen Aufgabe“. Evelyn Gebhardt, die SPD-Abgeordnete im EU-Parlament, appellierte an den künftigen SPD-Bundesrats- und Europaminister in der Landesregierung, Peter Friedrich (Konstanz), auch in Brüssel und in Straßburg aktiv Flagge zu zeigen und sozialpolitische Reformvorhaben offensiv zu unterstützen. Der Landesparteitag beauftragte den SPD-Landesvorstand, eine Satzungsänderung im SPD-Statut vorzubereiten mit dem Ziel, das bis jetzt gültige Quorum bei einem parteiinternen Mitgliederentscheid (wie zur neuen Koalitionsvereinbarung) von 1/3 der abstimmungsberechtigten Mitglieder abzusenken. Der SPD-Bundesvorstand wurde in einer Resolution von der Landes-SPD aufgefordert, in der causa Sarrazin nicht klein bei zu geben.

Im kommenden Herbst wird auf einem Landesparteitag turnusgemäß der baden-württembergische SPD-Landesvorstand mit samt den Fachkommissionen und Arbeitsgemeinschaften neu gewählt.

**W. Bernhard**



**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**

**Peter SIMON:**

**"Sparerschutz muss an erster Stelle stehen"**

**Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament berät über Änderungsanträge zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme**

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung haben in der Ausschusssitzung am Mittwoch erstmals über die eingereichten Änderungsanträge zum Berichtsentwurf zur Reform der Einlagensicherungssysteme in der EU beraten.

"Der intensive Austausch im Vorfeld mit den Schattenberichterstattem der anderen Fraktionen und vielen weiteren Kollegen und Experten hat sich ausgezahlt. Die Grundzüge des Vorschlags sind überwiegend auf Zustimmung gestoßen. Auf zahlreichen Änderungsanträgen kann man bei der jetzt folgenden Feinjustierung des Berichts aufbauen und Kompromisslösungen erarbeiten", so die erste Einschätzung des sozialdemokratischen Berichtserstatters **Peter SIMON**.

Seinen Vorschlag zu flexibleren Lösungen und der Anerkennung unterschiedlicher Sicherungssysteme, wie beispielsweise der Institutssicherung des Genossenschaftssektors und der Sparkassen, sieht der SPD-Europaabgeordnete seitens einer deutlichen Mehrheit im Ausschuss nicht in Frage gestellt. Eine teilweise erhobene Forderung nach grundsätzlich längeren Auszahlungsfristen für Einlagensicherungssysteme im Falle der Insolvenz einer Bank lehnt **Peter SIMON** jedoch ab. "Damit der Alltag des Sparerers so wenig wie möglich beeinträchtigt wird, ist ein schneller Zugang zu den Spar- und Giroguthaben unumgänglich."

Besonders kritisch steht der sozialdemokratische Abgeordnete den Vorschlägen einiger Kollegen gegenüber, für die Auszahlung der Kundenguthaben einer insolventen Bank erst im Ernstfall Gelder von anderen Banken einzuziehen zu wollen, anstatt bereits im Voraus einen Fonds für Krisenzeiten einzurichten. "Das würde im Krisenfall im Zweifel dazu führen, dass wieder der Staat und damit der Steuerzahler einspringen müssen. Die Finanzwelt muss die Folgen ihres Handelns endlich selbst tragen und darf sich nicht weiterhin auf Geldern der Steuerzahler ausruhen", betont **Peter SIMON**.

Wird eine Bank insolvent, muss grundsätzlich sicher gestellt sein, dass der Bankkunde seine Gelder auf Spar- und Girokonten zurückerhält. "Fehleinschätzungen der Banken dürfen nicht auf dem Rücken der Kunden ausgetragen werden. Sparerschutz muss an erster Stelle stehen", fordert der zuständige Berichterstatter Peter SIMON mit Blick auf die weitere Diskussion.

Nach der Ausschusssitzung beginnt nunmehr die Kompromissfindung zwischen den Fraktionen. Der Bericht steht wahrscheinlich am 24. Mai im Ausschuss für Wirtschaft und Währung zur Abstimmung. Das Plenum entscheidet voraussichtlich noch vor der Sommerpause darüber.

Brüssel, 20.04.2011 Für weitere Informationen:  
**Büro Simon und Algara Stenzel**  
(Pressesprecherin)

**Peter SIMON:**

## **"Europa braucht echten Wachstumspakt"**

**ECON-Abstimmung zur Reform der Eurozone:**

**Sozialdemokraten verteidigen Tarifautonomie**

Der Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments hat gestern Abend über die Vorschläge von EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn zur Reform der Eurozone abgestimmt. Dazu erklärt der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**: "Das Ergebnis greift zu kurz. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss seinem Namen endlich gerecht werden. Derzeit liegt der Fokus völlig einseitig nur auf Stabilitätsvorschriften. Die Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss, zeigen jedoch, dass dringend gezielte Wachstumsanreize zur Überwindung der Schuldenkrise geboten sind." Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich deshalb für eine bessere Balance zwischen Sparanstrengungen und Zukunftsinvestitionen ausgesprochen. Dies lehnte eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen im Wirtschaftsausschuss jedoch ab. "Das ist sehr bedauerlich, da durch die Vorschläge der Sozialdemokraten sichergestellt worden wäre, dass die Eurostaaten auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten genug Handlungsspielraum für Investitionen haben", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses weiter.

Den Sozialdemokraten ist es jedoch gelungen, bei den Instrumenten zur Überwachung der Situation in der Eurozone auch eine Reihe von sozialen Indikatoren festzuschreiben, darunter die Beschäftigungsrate. "Aus Sicht der Beschäftigten ist es ein großer Erfolg, dass die Tarifautonomie nach unseren Vorschlägen respektiert werden soll", unterstreicht **Peter SIMON**.

Mit Blick auf die Abstimmung im Plenum wird sich die sozialdemokratische Fraktion weiterhin für eine progressive Reform der Eurozone in Verknüpfung mit den Zielvorgaben der EU2020-Strategie einsetzen. Dabei müsse die Einhaltung von Wachstums- und Beschäftigungszielen in der Eurozone genauso überwacht werden wie Haushaltsdefizite und Staatsverschuldung. Darüber hinaus fordern die Sozialdemokraten verbindliche Absprachen für öffentliche Investitionen.

"Sparen ist unumgänglich. Das steht außer Frage. Wer aber glaubt, die Schuldenkrise mit Spardiktaten zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung überwinden zu können, führt Europa in eine wirtschaftspolitische Sackgasse", warnt **Peter SIMON**. Mit ihrer einseitigen Haltung hätten Konservative und Liberale eine breite Abstimmungsmehrheit im Wirtschaftsausschuss verhindert und so völlig un-

nötig die Position des Parlaments bei den nun anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat geschwächt.

**Hintergrund:**

Die Vorschläge von EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn zur Reform der Eurozone umfassen insgesamt sechs Berichte (Economic Governance Paket). Neben präventiven Maßnahmen und Sanktionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts geht es unter anderem um die Vermeidung von wirtschaftlichen Ungleichgewichten.

**Brüssel, 20.04.2011**

**Für weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP**

## **Deutsche und französische Europaabgeordnete fordern die sofortige Stilllegung des Pannereaktors Fessenheim**

In einem offenen Brief an den französischen Präsidenten Sarkozy setzen sich deutsche und französische Europaparlamentarier der Fraktionen der Sozialdemokraten und der Grünen/EFA für die sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim ein. In ihrem Schreiben betonen die Abgeordneten aus dem Elsass und aus Baden-Württemberg sowohl die besondere Gefährdung die von Fessenheim ausgeht, als auch die Notwendigkeit eines energiepolitischen Neuanfangs.

"Das AKW Fessenheim muss sofort stillgelegt werden. Seit Jahren häufen sich die Sicherheitsprobleme, was unlängst damit zusammenhängt, dass die vorgesehene Laufzeit schon um mehr als die Hälfte überschritten wurde", kritisierte Evelyne Gebhardt. Die deutschen und französischen Europaabgeordneten fordern Präsident Sarkozy daher in ihrem Schreiben auf, unverzüglich den Schutz der Menschen in der Region an erster Stelle zu setzen.

In Baden-Württemberg wurde mit der Abschaltung von Philippsburg und Neckarwestheim ein erster Schritt weg von der Krisentechnologie Atomkraft gemacht. Eine Stilllegung von Fessenheim kann allerdings nur als Anfang gesehen werden. "Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen setzen uns stark dafür ein, den Umbau unserer Energiesysteme hin zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Die atomare Gefahr kennt keine Grenzen. Europaweit muss zusammengearbeitet werden, um die Menschen in der Region vor den Gefahren von AKWs zu schützen", so die Binnenmarktexpertin Evelyne Gebhardt.

"Anstatt diesen Pannereaktor weiter zu betreiben, sollte er in eine Pilotanlage zur Erforschung und Erprobung der für den Abbau von Atomkraftwerken notwendigen Technologien umgewandelt werden. Das schließt einen Atomunfall aus und sichert

gleichzeitig Jobs und Know-How in der Region", schlägt die Evelyne Gebhardt abschließend vor.

### **Hintergrund:**

In Fessenheim steht das älteste noch aktive Atomkraftwerk Frankreichs. Obwohl nur für eine Lebensdauer von 20 Jahren konzipiert, ist es seit 34 Jahren in Betrieb und hat dabei viermal mehr sicherheitsrelevante Vorfälle aufzuweisen als jedes andere französische AKW. Neben der veralteten Technik seiner zwei Druckwasserreaktoren wurde das AKW in einem von Überschwemmungen und erhöhter Erdbebengefahr bedrohten Gebiet erbaut.

**Straßburg, 11. Mai 2011**

**Büro Evelyne Gebhardt, MdEP**

**Unterzeichner/Innen des offenen Briefes:**  
Sandrine Bélier, Franziska Brantner, Rebecca Harms, Heide Rühle (Fraktion der Grünen /EFA)  
Evelyne Gebhardt; Peter Simon, Catherine Trautmann, (S&D-Fraktion)



## **LILA BROMBEERE - KOLUMNE VON FRAU SUSI SCHNÄPF**

### **ODE EINES TRAUMES ...**

Es ist tatsächlich geschafft, der Regierungswechsel in Baden-Württemberg nimmt konkrete Formen an. Ein Koalitionsvertrag unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaften ist ausgearbeitet. Wir spüren allerorten den neuen Wind der innerparteilichen Kommunikation. Die Basis wurde einbezogen, umfangreiches Fachwissen, welches wir in verschiedenen Verbänden einbringen, wird zur inhaltlichen Ausgestaltung der neuen Regierung herangezogen. 60 % der neu vergebenen Posten sind von Frauen besetzt, das Volk jubelt!

Oh was ist denn das für ein nervtötendes Geräusch? Och nöö - der Wecker. Los Susi! Aufstehen! - Mist! Das hab' ich alles nur geträumt!

Die Realität sah da ganz anders aus: Die Arbeitsgemeinschaften wurden einzeln und dann nur ansatzweise mit eingebunden. Auf Rückfrage der ASF, wer denn in den Arbeitsgruppen zur Koalitionsverhandlung vertreten sei, wurde auf eine Übersicht verwiesen, die aus Gründen der vertraulichen Behandlung nach reiflicher Überlegung und gegen die Bedenken von Winfried Kretschmann dem SPD-Präsidium vorgelegt wurde. Yes! So habe ich mir schon immer demokratische Vorstandsarbeit vorgestellt. Der Geschäftsführende Vorstand – ja, so wird laut Statut das Präsidium definiert – wird nach anfänglicher Überlegung auf Grund von Bedenken eines Externen (hier: W. Kretschmann) doch noch

über die handelnden Personen im Zuge der Koalitionsverhandlungen informiert! Ich spüre - fast körperlich – die offene und transparente Kommunikation ganz oben in unserer Führungsspitze.

Nur mal so am Rande: Die ebenso vertraulichen Protokolle zu den Verhandlungen – die daher selbstverständlich nicht den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden konnten – wurden von den Verhandlungspartnern zu den Gesprächen mitgebracht – wie die von den Grünen da nur dran gekommen sind? Die werden ja wohl keinen illegalen Datenklau betrieben haben! War da gar eine raffinierte Verhandlungsstrategie der Grünen zum Tragen gekommen? Der SPD die Vertraulichkeit abringen und selber gut informiert in die Verhandlungen gehen? Oder doch ganz anders?

Doch zurück zur neuen Führungskultur in der SPD: Wer denn die frauenpolitischen Themen vertrete – wollten wir doch gerne noch wissen, denn bei uns hatte niemand diesbezüglich nachgefragt? Diese würden Katrin Altpeter und Leni Breymaier in den Arbeitsgruppen vertreten, bekamen wir da zur Antwort. Ja ganz wunderbar! Nur um eines gleich klar zu stellen: Ich traue beiden Frauen zu, dass sie frauenpolitische Themen ganz hervorragend vertreten können! Mich wundert nur, dass nicht gleich alle drei Frauen aus der Verhandlungskommission qua korrekten Geschlechts genannt wurden. Und wussten die Beiden davon? Meiner unwesentlichen Meinung nach, wurde Katrin als stellv. Fraktionsvorsitzende und Leni als Gewerkschaftsvertreterin in die Kommission geholt. Hat jemand daran gedacht zu prüfen, ob die Beiden derzeit studieren? Über 60 Jahre alt, homosexuell und/oder selbstständig sind? Einen Migrationshintergrund haben? Dann könnten sie gleich noch die Juso-Hochschulgruppen, die SPD 60 plus, die Schwusos, die AG der Selbstständigen und den Migrationsbeirat vertreten. Das wäre mal fein effizient! Zu blöd aber auch, dass das so wenig mit Basisbeteiligung zu tun hat. Da findet sich doch bestimmt jemand, der uns das „schön“ erklärt? So wie das schlechteste Ergebnis einer Landtagswahl in Baden-Württemberg ja auch ein grandioser Sieg ist! Ich bin nun noch gespannt, ob der Teil meines Traumes, der den Anteil der Frauen in der neuen Regierung betrifft, wenigstens annähernd an die Wirklichkeit herankommt oder ob auch dies sich eher als realpolitischer Albtraum darstellen wird!

Und ganz zum Schluss: wer die Überschrift im Koalitionsvertrag „Flugverkehr: Es kommt doch auf die Länge an“ für sexistisch hält, kann fast nur Susi Schnäpf heißen – nicht wahr?

Es grüßt Euch ganz herzlich  
Eure

**Susi Schnäpf**

**Aus AsF Aktuell 02-011**

## Quo vadis – SPD Südwürttemberg?

„Die alte Rollenverteilung zwischen Grünen und SPD gibt es längst nicht mehr, auch wenn viele in der SPD sich immer noch daran klammern: Grüne kümmern sich um Ökologie, während die SPD irgendwie noch Wirtschaft und Soziales macht. Das ist wirklichkeitsfremd. Die SPD hat nicht mehr automatisch die Führungsrolle im Mitte-Links-Lager!“ So äußerte sich Renate Künast am 3. April in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“.

Vielleicht entwickeln Grüne und Sozialdemokratinnen das Land Baden-Württemberg „auf Augenhöhe“ weiter, wie Nils Schmid zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart mahnte. In der südwürttembergischen Region zwischen Donau und Bodensee wird es garantiert keine Augenhöhe geben in den kommenden Jahren. Man kann nicht darum herum reden, es sei denn man macht sich etwas vor: Für die mediale Vermittlung der Infrastrukturprobleme im südlichen Oberschwaben sind jetzt nicht mehr allein Martin Gerster und Norbert Zeller zuständig. Manfred Lucha und Martin Hahn werden bei den Medien künftig einen viel größeren Resonanzboden finden, ergänzt von den Gewinnern der Direktmandate in den Wahlkreisen im südlichen Südwürttemberg, also den CDU-Politikern.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende von Ravensburg, Felix Rückgauer, hat nach der Landtagswahl festgestellt: „Wir von der SPD haben ein großes Kommunikationsproblem!“ Er meinte dies in gleicher Weise für die parteiinterne Kommunikation wie für die Vermittlung der Politik gegenüber der Öffentlichkeit in den Medien. In Südwürttemberg ist die SPD von der 2. Stelle im Parteiengefüge auf den 3. Platz abgerutscht. Haben die Sozialdemokraten bei der letzten Landtagswahl 2006 mit 144 892 Wählerstimmen noch vor den Grünen (94 156) gelegen, ist das Verhältnis seit dem 27. März 2011 umgekehrt. Die Grünen haben 197 829 Stimmen, die SPD 173 644 Wählerstimmen. Die Partei hat es in 30 Jahren nicht geschafft, eine Medienpolitik zu entwickeln, mit der die Wechselwähler und die noch vorhandene Stammwählerschaft erfolgreich angesprochen werden kann. Funktionäre äußern sich verzagt, dass man mit den eigenen Verlautbarungen bei den Redaktionen oft nicht landen kann. Man vergisst dabei, dass der Eindruck von Lothar Späth gar nicht so verkehrt ist: Während die SPDler in ihrer Oppositionsarbeit eher verkrampft um ihre Vorstellungen und Anträge im Landtag mit der CDU-Landesregierung gerungen haben und wenn es dann nicht geklappt hat, man sich ins Schneckenhäuschen zurückgezogen hat, sind die Grünen nach einer Niederlage gleich wieder aufgestanden und haben in kurzer Zeit neue lösungsorientierte Konzepte für die einen oder anderen Strukturprobleme

In der Landespolitik in einer engen Vernetzung mit der Parteibasis kreierte.

Einige der wenigen Ausnahmen hat bisher Norbert Zeller gebildet, der mit seiner hervorragenden Medien- und Wahlkreisarbeit die Präsenz der SPD in der ganzen Region geradezu verkörpert hat. Viele begeisterte Wähler des Wechsels gaben den Grünen ihre Stimme um dann verduzt festzustellen, sie hätten es so nicht gewollt. Der allseits geachtete SPD-Mann war aus dem Spiel. Wie sehr er vermisst werden wird, zeigt sich spätestens dann, wenn zum Beispiel beim ersten Spatenstich für eine Ortsumgebung kein Vertreter der SPD mehr zu sehen ist. Der gute Rat, „Fragen sie einmal Norbert Zeller“, kann nur mehr eingeschränkt gegeben werden.

Ähnlich wie Lothar Späth hat es auch mal Ivo Gönner eingeschätzt, der aus gutem Grund nicht Spitzenkandidat der Landes-SPD für die Landtagswahl werden wollte. Beobachtet man die gewohnten Abläufe von Kreisvorstandssitzungen, dann gehen meist über 50 Prozent der verfügbaren Sitzungsdauer drauf für innerparteiliche Personalien. Weitere 30 Prozent der Zeit gehen drauf für organisatorische Fragen. Der Rest der Zeit ist meist der ad-hoc-Debatte von aktuellen Problemen in der Berliner Politik gewidmet.

Die Delegierten aus den Ortsvereinen bei den Kreisparteitagen haben mit Ausnahme beim Kreisvorsitzenden oder beim Kreiskassier und den Kassenprüfern oft keine präzisen Erwartungen an die Mitglieder im Kreisvorstand, etwa jene, zusammen mit der Kreistagsfraktion beispielsweise ein parteieigenes Konzept dafür zu entwickeln, wie es mit der Altenpflege in der Region Bodensee-Oberschwaben bis in 20 oder 30 Jahren einmal aussehen soll. Seit der Kreisreform 1973 hat sich etwa der Kreisvorstand der SPD Bodenseekreis ein einziges Mal in den 90er Jahren dazu durchgerungen, die Gelegenheit einer offiziellen Beteiligung am Anhörungsverfahren zur Fortschreibung des Regionalplanes zu nutzen.

Im Landtagswahlkampf 2006 war die geplante Stilllegung der Bahntrasse von Aulendorf bis ins Allgäu ein bedeutsames Thema. Man kann die Presse im Februar 2006 daraufhin abklopfen: Wer hat sich in diesem Monat wiederholt gegenseitig die Bälle zugeschoben und hat Argumente und Fakten öffentlich ausgetauscht: Verkehrsstaatssekretär Köberle (CDU) und der Grünen-Landtagsabgeordnete Boris Palmer. In Zahlen ausgedrückt lautete das Verhältnis zwischen den Presse-Initiativen in den Medien CDU-Grüne-SPD 8:6:2. Wer sich ernsthaft mit Redakteuren unterhält, bekommt zur Auskunft, dass eigene neue Konzepte für die Kommunal- und Regionalpolitik von einer lokalen politischen Partei – und dafür ist sie in erster Linie da – auf ein viel größeres Interesse stößt in den Redaktionen als

breit getretener Quark mit zeitlich schon nicht mehr aktuellen Stellungnahmen zu den Initiativen und Verlautbarungen des politischen Gegners. Wenn die Parteilarbeit an der Basis sich so ändern könnte, wenn es sich so ändern könnte mit mehr jungen neuen Mitgliedern, dann bestünden auch bessere Voraussetzungen für die Medienpolitik.

Man war auf einer politischen Veranstaltung, hat dem prominenten Referenten genügend Beifall gezollt, bezahlt dann seinen Hefeweizen bei der Bedienung im Lokal und geht selbstzufrieden nach Hause. Weder erfahren andere Parteifreunde in den Nachbar-Landkreisen etwas von guten und ausbaufähigen Ansätzen in der Struktur- und Gesellschaftspolitik, noch bleibt man bei den referierten Themen am Ball und versucht sie vor Ort weiter zu entwickeln.

Warum ist die Partei der Linken in Ostdeutschland eine Volkspartei, warum erhalten die Rechtsextremisten dort unverdienterweise eine solche Resonanz? Weil die Ansprechpartner/innen dieser Parteien vor Ort als „beharrliche Kümmerer“ für die manchmal auch bescheidenen Anliegen und Probleme der Mitbürger gelten. Der Verfasser dieses Beitrages ist in der Stuttgarter SPD-Landesgeschäftsstelle im Sommer 2004 fast ausgelacht worden, als er anregte, es müsste einen quasi Wahlkampf geben nicht um Mandate und Pöstchen, sondern um die neue Hartz-IV-Reform, mit der sich seit 7 Jahren die Sozialgerichte herumschlagen müssen. Man wollte sich die Mühe sparen, vor Ort den arbeitslosen Familien beim Infostand auf dem Wochenmarkt zu erklären, wie diese Reform denn eigentlich gedacht ist und was die Parole bedeutet: Fordern und Fördern.

Abschließend sei festgestellt, dass zum Einen nicht alle dieser Überlegungen den Belastungen eines Stresstestes Stand halten können. Zum Andern erfordern die vielfältigen Voraussetzungen für eine verbesserte Parteilarbeit und Medienpolitik in der Region noch gründlichere Analysen und Diskussionen.

Diese aber müssen in Angriff genommen werden, wenn uns nicht nur die aktuelle Gegenwart (im Frühjahr 2011), sondern auch noch die Zukunft unserer Kinder und Enkel in 20 und 30 Jahren wichtig ist, in einer lebendigen Demokratie und Zivilgesellschaft.

**W. Bernhard**

## **SPD - Kreisverband Bodenseekreis**



## **Redebeitrag von Adnan Sabah beim Landesparteitag in Sindelfingen**

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es ist lobenswert, dass wir die Modernisierung der Schieneninfrastruktur endlich hier in Baden-Württemberg in Angriff nehmen können.

Im Süden des Landes wird mit der Elektrifizierung der Südbahn ein Schritt in Richtung umweltfreundliche Mobilität am Bodensee getan. Nur ein Teilstück zwischen Friedrichshafen und Radolfzell bleibt uns nach den neuesten Planungen leider als Achillesferse erhalten. Die Schweizer haben ihre Hausaufgaben gemacht, die Österreicher können es schleunigst erledigen und wir??? - Wir hinken hinterher.

Wir vom Bodenseekreis bitten die neue Landesregierung, Nein, wir fordern die neue Landesregierung auf, die Elektrifizierung der Bodensee-Gürtelbahn (Bodensee S-Bahn) gleichzeitig zu realisieren und auf keinen Fall zu verschieben, damit die Menschen am See durchgehend und ohne den zeitraubenden Triebkopfwechsel auch grenzübergreifend und gleichzeitig umweltfreundlich ihre Reise fortsetzen können.

Der Bodenseeraum bietet touristische Attraktionen und ist Urlaubsziel vieler Menschen. Doch auch wirtschaftlich gesehen ist der Bodenseekreis einer der stärksten Kreise in Baden-Württemberg. Lange Zeit haben wir unter der schwarz-gelben Regierung gelitten. Obwohl der Mandatsträger der abgewählten Landesregierung im Kreis Jahre lang im Verkehrsministerium in entscheidenden Positionen tätig war, haben wir vergeblich auf eine Änderung unserer Lage gewartet. Jetzt sind wir die Partei, die gestalten und mitentscheiden kann, deswegen muss die neue Landesregierung die Planungen der Bundesstraßen B30 und B 31 auf Basis des Planfalls 7.5 gezielt vorantreiben und dementsprechend priorisieren.

Das sind 2 wichtige Projekte für die Menschen am Bodensee, und nur mit solchen Projekten werden wir den Kreis zurückholen.

07.05.2011

**Adnan Sabah, Vorsitzender  
SPD Bodenseekreis**

## **Konstituierung des neuen Vorstands der SPD Bodenseekreis**

Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstands der SPD Bodenseekreis berichtete Adnan Sabah, der Vorsitzende vom Landesparteitag am 7. Mai als besonders harmonischem Ereignis. Sabah vermutete, dass man dank dieser Harmonie eine Stunde früher als geplant fertig geworden sei.

Nicht desto trotz, es wurde diskutiert und gefordert. Er habe deutlich gemacht, dass für den Verkehr im Bodenseekreis noch viel zu tun sei. Deswegen habe er gefordert, dass auf die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn genauso viel Wert zu legen sei, wie bei der Südbahn, und auch, dass das Land dem Ausbau von B30 und B31 die Priorität zuteilen sollte, die deren Wichtigkeit für den Kfz-Verkehr im Bodenseekreis repräsentiere.

Stirnrunzeln und Kopfschütteln in der Runde war die Reaktion auf die Aussage des Landtagsabgeordneten Ulrich Müller (CDU), dass er die Realisierung von Straßenbauprojekten im Bodenseekreis von Grünrot einfordern wolle. Hatte doch dieser Jahrzehnte lang die Chance u. a. als Staatssekretär und sogar als Minister im Verkehrsministerium gehabt, sich um eine dem Bodenseekreis angemessene Verkehrsstruktur zu kümmern. Dass Müller dies nicht getan habe, war ihm nicht nur immer wieder von Norbert Zeller, dem langjährigen SPD-MdL aus dem Bodenseekreis vorgeworfen worden, sondern auch von Peter Knauer, dem ehemaligen Vorsitzenden der Kreis-CDU. Der sagte über Müller, jener könne „nicht einmal eine Prioritätenliste des Landes vorweisen, aus der die Unterstützung des Landes beim Bund ersichtlich ist“.

Der Kreisvorstand begrüßte den Koalitionsvertrag als ein richtungsweisendes Dokument, das natürlich auf Kompromissen der Regierungspartner beruhe. Trotzdem sei die sozialdemokratische Handschrift klar erkennbar. Als wesentlich wurden die Themen Bildung, nachhaltige Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Mittelstand, Stärkung der Infrastruktur- und insbesondere der Verkehrspolitik und mehr Mitsprache der Bürger gesehen. Gerade der letzte Punkt, die Mitsprache der Bürger wird eine für unser Ländle beinahe revolutionäre Auswirkung haben. Die Landräte sollen in Zukunft direkt von uns, den Wahlberechtigten – wie in nahezu allen anderen Bundesländern – gewählt und nicht mehr von Herrenrunden in Hinterzimmern

ausgekungelt und dann den Kreistagen als alternative Personalentscheidung präsentiert werden.

Zur Steigerung der Effizienz des Kreisvorstandes schlug Sabah vor „Zuständigkeiten“ zu verteilen, was einstimmig akzeptiert wurde. Für einige dieser Themen erklärten sich erfreulicherweise mehr als ein Mitglied des Kreisvorstandes, bzw. der SPD Bodenseekreis zuständig:

**Innere Sicherheit:** Dieter Stauber;

**Frauen:** Yvonne Bernard;

**Jugend:** Leon Hahn;

**Vereine:** Sonja Schuster;

**Integration:** Malik Meddur, Abdulgazi Sorhun;

**Gewerkschaften:** Adnan Sabah;

**Elementarbildung:** Gabi Pferd, Dieter Stauber, Norbert Zeller;

**Verkehr:** Klaus Pimiskern, Norbert Zeller;

**Umwelt:** Wilfried Biester, Leon Hahn;

**Koordination der Ortsvereine:** Karl-Heinz König.

Zum Thema „Soziales“ erklärte Sabah, dass es in den Ortsvereinen Friedrichshafen und Überlingen hervorragend kompetente Genossen gäbe, auf die man zugreifen werde.

In nächster Zeit werde man sich mit Verkehr (B30, B31, Bodenseegürtelbahn, ÖPNV) Jugend und Integration befassen. Die Koordination der Ortsvereine, insbesondere die Steigerung der Präsenz der SPD auf dem „platten“ Land wird als laufende Aktivität gesehen.

**Dietram Hoffmann**

## **Termine im Bodenseekreis**

### **KV-Sitzung:**

**Montag, 06.06.2011**

**19:30 Uhr**

**Lokal und Ort werden noch bekannt  
gegeben**

parteiöffentlich

### **OV Bermatingen:**

**Ortsvereinsitzung**

Montag, 06.06.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

### **OV Friedrichshafen:**

**Mitgliederversammlung mit Norbert  
Zeller**

Freitag, 20.05.2011, 19:30 Uhr.  
Ort: Restaurant Seehof, Olgastraße 6

### **Thema:**

"Der Wechsel beginnt. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD Baden- Württemberg."

### **SPD Stammtisch**

Donnerstag, 26.05.2011, 19:30 Uhr  
Ort: Dorfkrug

### **OV Markdorf:**

#### **Vorstand**

Donnerstag, 09.06.2011, 20:00 Uhr -  
22:30 Uhr.  
Ort: Krone

### **OV Meersburg:**

#### **Vorstandssitzung**

Donnerstag, 26.05.2011, 20:00 Uhr  
Ort: Gutsschänke des Staatsweingutes,  
Seminarstr. 4 Meersburg

### **OV Überlingen:**

#### **parteioffentliche Vorstand- und Fraktionssitzung**

Mittwoch 18.5.2011  
Zeit: 19:00

#### **öffentliche Mitgliederversammlung** Zeit: 20:00

### **Thema:**

Vorstellung eines Modells für die Renovierung und den Betrieb der Kapuzinerkirche als Kulturzentrum mit Dr. Jörg Auriga

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone,  
Münsterstraße

#### **parteioffentliche Vorstand- und Fraktionssitzung**

Dienstag 14.6.2011  
Zeit: 19:00

#### **Mitgliederversammlung**

Zeit: 20:00

### **Thema:**

wird noch bekannt gegeben

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone,  
Münsterstraße

### **Jusos Bodenseekreis:**

#### **Gender- Training für Jungs und Mädels, Jusos BW**

Samstag, 21.05.2011, 10:00 Uhr - Sonntag,  
22.05.2011, 18:00 Uhr.  
Ort: Freiburg, Jugendherberge

Juso- Frauenverbandsarbeit, Gender- Training für  
Jungs und Mädels, Anmeldung über den Kreisverband  
oder über die Jusos Baden- Württemberg

#### **Internationales Juso- Treffen**

Samstag, 04.06.2011, 10:00 Uhr - Sonntag,  
05.06.2011, 16:00 Uhr.

Ort: DGB- Jugendcamp in Markelfingen am  
Bodensee

Auf dem Programm stehen Themen, die für  
uns als politische Jugendorganisationen  
grenzüberschreitende Bedeutung haben:

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für  
uns alle ein wichtiger Bestandteil der  
politischen Arbeit. Ebenso wird die aktuelle  
Situation der europäischen Sozialdemokratie  
ein Thema an diesem Wochenende sein.  
Gemeinsam mit Euch wollen wir diskutieren,  
welche Handlungsstrategien es für uns als  
Jugendorganisationen gibt und welche Rolle  
wir in den Erneuerungsprozessen unserer  
Mutterparteien spielen können.

Aber natürlich sollen das persönliche Kennen-  
lernen und der Spaß an diesem Wochenende  
nicht zu kurz kommen. Das Jugendcamp des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) liegt  
direkt am Bodensee und bietet tolle Möglich-  
keiten zur Freizeitgestaltung.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 35 EUR für  
VerdienerInnen und 25 EUR für Nicht-  
VerdienerInnen. Im Preis enthalten sind eine  
Übernachtung sowie Frühstück, Mittag- und  
Abendessen.

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## Was ist eigentlich daraus geworden?

### Teil VI

## Prix Wasserfrau 2007 für Friederike von Wolff

Über 60 Gäste aus der gesamten Bodenseeeregion hatten sich am 6. September im traditionsreichen Konstanzer Hotel „Graf Zeppelin“ zusammengefunden, um der Verleihung des „Prix Wasserfrau“ 2007 an Friederike von Wolff beizuwohnen. Die Konstanzer Architektin kümmert sich seit vielen Jahren um Flüchtlingsfamilien in der Bodensee-region, ihre besondere Fürsorge gilt den Töchtern dieser leidgeprüften Menschen.



**Friederike von Wolff und SBI Vizepräsident Norbert Zeller**

**Foto: Andreas Heinrich, Langenargen**

Bei der Preisverleihung konnten sich die Anwesenden selbst ein Bild davon machen, welche charakterlichen Grundzüge Friederike von Wolff auszeichnen und ihr die Kraft verleihen, sich fortwährend in einem Bereich zu engagieren, dem oftmals der Zeitgeist und die Hürden der Bürokratie entgegenwirken: Die Preisträgerin zeichnet sich durch

ein Höchstmaß an Courage, an Würde und an Mitmenschlichkeit aus, geprägt nicht zuletzt durch die eigenen Kindheitserfahrungen am Kriegsende und den schweren Jahren danach. Friederike von Wolff gehört zu den Menschen, die gegen den Strom schwimmen, wenn es ihre Grundüberzeugungen verlangen, ihre Standfestigkeit nötigt auch anders Denkenden Respekt ab. Vom Charisma dieser Persönlichkeit und ihrem bisherigen Lebenswerk stark bewegt, wurde die Übergabe des „Prix Wasserfrau“ an Friederike von Wolff von den Anwesenden mit lang anhaltendem Beifall bedacht.



**Friederike von Wolff und ihre „Töchter“**

**Foto: Andreas Heinrich, Langenargen**

Die einführenden Worte der Preisverleihung hatte Landtagsabgeordneter Norbert Zeller (Friedrichshafen) namens des Präsidiums der Sozialistischen Bodensee-Internationale gesprochen, Nationalrätin Hildegard Fässler (Grabs) stellte sodann die Beweggründe zur Initiierung des Preises sowie die die von Irene Thoma (St.Gallen) geschaffene Preisfigur vor. Margrit Zepf, Rechtsanwältin aus Konstanz, hielt im Anschluss eine beeindruckende Laudatio auf die diesjährige Preisträgerin.

Zur großen Schar der Gratulanten zählten unter anderem die Bludener Landtagsabgeordnete Olga Pircher, SBI-Präsident alt Nationalrat Fredi Alder und Fraktions-Referent Winfried Kropp als Vertreter der Konstanzer SPD-Stadtratsfraktion, aber auch Mitstreiterinnen der Preisträgerin aus dem Bereich der Flüchtlingsfürsorge sowie von ihr betreute junge Frauen und deren Angehörige. Besondere

Glückwünsche überbrachte Anita Vooren vom Deutschen Gewerkschaftsbund Bodensee-Oberschwaben, der die Nomination von Friederike von Wolff portiert hatte. Die in würdigem Rahmen vorgenommene Preisverleihung fand mit zahlreichen anregenden Gesprächen ihren harmonischen Abschluss.

SBI

## Bericht zur Entwicklung im Flüchtlingsbereich

Heute Nachmittag (30.01.2011) haben mich einige meiner "damaligen Adoptivtöchter" besucht, die dabei waren als ich 2007 den Prix Wassefrau bekommen habe.

Es ist eine Freude zu erfahren, dass inzwischen alle die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, und dass sie alle den Realschul-Abschluss mit guten Noten und fast alle ihre Lehrzeit beendet haben. Sie sind an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz geschätzte Mitarbeiterinnen.

In wenigen Tagen werde ich 75 Jahre alt- wenn man mir vor mehr als 30 Jahren gesagt hätte, dass es dann immer noch Flüchtlinge gibt, die dringend Unterstützung auf ihrem steinigen Weg brauchen, hätte ich mir dies damals überhaupt nicht vorstellen können.

Obwohl Europa keine Kosten scheut, um sich gegenüber schutzsuchenden Menschen abzuschotten, gelingt es Einzelnen und Familien immer wieder einmal diese "Festungsmauern" zu überwinden. Sie harren hier auf engem Raum (4,5 qm/Person) in "Gemeinschaftsunterkünften" aus, warten auf Bescheide, die mehrheitlich ablehnend sind und sind oft jahrelang nur mit einer Duldung nie sicher vor Abschiebung. Diese Ängste in ein Herkunftsland abgeschoben zu werden, aus dem sie vor Krieg, Verfolgung, Folter und Hunger geflohen sind, oft mit dem Risiko die Flucht nicht zu überleben, machen psychisch krank.

Hinzu kommt das Arbeitsverbot, das Leben mit Sachleistungen und selbst ursprünglich anerkannte Flüchtlinge müssen erleben, dass ihnen die Anerkennung wieder aberkannt werden kann. Wünschenswert wären Regelungen, die Menschen eine echte Chance zur Integration geben. Auch die Kinder, die hier aufwachsen, haben einen Anspruch auf eine sichere und gesunde Entwicklung und auf Zukunftsperspektiven.

Die Begegnungen mit Flüchtlingen aus Afghanistan, dem Irak, dem Iran und aus afrikanischen Staaten mit grausamen Bürgerkriegen sind immer wieder erschütternd. Sie brauchen unsere Aufmerksamkeit, unseren engagierten Einsatz und unsere Stimme, wenn Menschenrechte missachtet werden.

Es gibt auch erfreuliche Erfahrungen, immer dann wenn Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte, Behördenvertreter, LehrerInnen und Ehrenamtliche ihre Erfahrungen, ihre fachliche Kompetenz, ihr Mitgefühl bündeln, um am Ende eines langen, mühseligen Weges der Flüchtlinge für sie einen sicheren Aufenthaltstitel, Wohnung und Arbeit zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Friederike v. Wolff



Sozialdemokratische Partei  
Kanton St. Gallen

## «Wir machen Politik für die ganze Bevölkerung»

**Am Parteitag der SP des Kantons St.Gallen wurde Paul Rechsteiner einstimmig als Ständeratskandidat bestätigt. Die SP wird den Kampf gegen die bürgerliche Interessenpolitik offensiv angehen. Der Parteitag verlangt in zwei Resolutionen den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie und den Verzicht auf ein zusätzliches 5. Sparpaket sowie weitere Steuersenkungen.**

Gemeindepräsident Erwin Camenisch begrüßte die Genossinnen und Genossen und freute sich, dass die SP ihren Parteitag in Uznach abhält. In ihrer Eröffnungsrede zeigte Parteipräsidentin Claudia Friedl die Ziele für den Herbst auf: „Die SP will zulegen und einen Wähleranteil von 18 Prozent erreichen. Wir haben 12 sehr motivierte Nationalrats-Kandidierende, aber natürlich brauchen die Unterstützung von allen Genossinnen und Genossen.“

**Der herrschenden Politik etwas entgegenseetzen**  
Höhepunkt des Parteitages war die Nomination für die Ständeratswahlen. Die SP-Delegierten wählten Nationalrat Paul Rechsteiner einstimmig und mit grossem Applaus als Kandidat für die Ständeratswahlen. „Es sind ausserordentliche Zeiten“, begründete Rechsteiner seine Motivation für den Ständeratswahlkampf. „Gerade im Kanton St.Gallen haben wir eine Verantwortung, den Kampf gegen das neoliberale Experimentierfeld offensiv anzugehen. Es geht in diesem Wahlkampf darum, der herrschenden destruktiven Politik etwas Wirksames entgegenzusetzen zu können.“

Auch Nationalrätin Hildegard Fässler zeigte sich mit der bürgerlichen Politik unzufrieden. Die Unternehmenssteuerreform II bezeichnete Fässler als „Skandal“. Zahlenmässig ist in der damaligen Abstimmungs-Botschaft des Bundesrates fast alles falsch. „In dem die Bürgerlichen nicht auf die Vorlage zurückkommen wollen, werden die Privilegien der Aktionäre höher gewichtet, als die Interessen

*der normalen Bürgerinnen und Bürger. Dabei sollte man vielmehr die Kaufkraft der Bevölkerung stärken.“*

### **Schluss mit der Abbruchpolitik**

Wie bereits Fraktionspräsidentin Barbara Gysi in ihrem Jahresbericht die „Machtdemonstrationen der vereinigten bürgerlichen Fraktion“ kritisierte, prangerte Kantonsrat Fredy Fässler, die Sparwut des bürgerlich dominierten Kantons an. Mit vier Sparpaketen seit 1992 wurden staatliche Leistungen von jährlich 300 Millionen Franken abgebaut. Im gleichen Zeitraum ist der Staatssteuerfuss wiederkehrend gesenkt worden, womit sich Steuerausfälle von deutlich mehr als 400 Millionen Franken im Jahr ergeben. „Diese ruinöse Finanz- und Steuerpolitik muss ein Ende haben“, verlangte Fässler. Mit einer Resolution fordert die SP von Regierung und Kantonsrat, den Verzicht auf ein zusätzliches fünftes Sparpaket, von welchem das kantonale Personal massiv betroffen wäre, sowie den Verzicht auf weitere Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen.

### **Lohnschere öffnet sich immer weiter**

Nationalrats-Kandidatin Bettina Surber warb in einer engagierten Rede für die Mindestlohn-Initiative: *„Wer arbeitet, hat ein Recht auf einen Lohn, mit dem er anständig Leben kann“*. Der Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zeigt die krasse Ungleichheit in der Lohnentwicklung: *„Wer viel hat, dem gibt man noch mehr, wer wenig hat, dem gibt man wenig. Wir brauchen eine andere Politik, eine Steuerpolitik mit einer Umverteilung von oben nach unten“*, so das klare Votum von Surber.

Auch Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, griff in seiner mit Spannung erwarteten Rede das Thema der Lohn- und Vermögensverteilung in der Schweiz auf und kam zu einem klaren Fazit: Der Mittelstand verarmt. Aufgrund steigender Mieten und Krankenkassenprämien haben wir heute weniger Geld im Portmonee. So klar war dann auch Levrats Forderung: *„Vom Wachstum der Wirtschaft muss eine grosse Bevölkerungsmehrheit profitieren können und nicht nur einige wenige!“* Im Energiebereich wird die SP weiterhin sehr aufmerksam sein. *„Der Grundsatzentscheid des Atomausstiegs muss sehr bald gefällt werden“*, so Levrat.

### **Atomausstieg als Chance und Pflicht für den Kanton**

Die Energiepolitik ist denn auch für die Kantonalpartei ein überaus wichtiges Thema. Denn: *„Nach dem Super-GAU im japanischen Fukushima geht es nicht mehr darum, ob und zu welchen Bedingungen die Atomkraft genutzt werden kann, sondern darum, wie rasch aber geordnet aus dieser Hochrisikotechnologie ausgestiegen werden kann“*, führte Kantonsrat und Nationalrats-Kandidat Felix Gemperle sein energiepolitisches Referat ein.

Die Delegierten überwiesen im Anschluss eine Resolution, die den konsequenten Ausstieg aus der Atomtechnologie bis 2025 fordert sowie griffige Massnahmen zur Produktion verschiedener umweltverträglicher erneuerbarer Energien. Ausserdem sollen Anreize für eine sparsame und effiziente Energienutzung geschaffen werden.

### **Die Zeit ist reif für eine öffentliche Krankenkasse**

Für die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse warb Regierungsrätin Heidi Hanselmann. Seit Jahren steigen die Krankenkassenprämien ungebremst. Die Prämien belasten die Portmonees der Leute stark. Doch den privaten Krankenkassen ist das egal, denn sie profitieren vom heutigen Chaos. Das will die SP ändern und lancierte darum die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse. Damit soll die Krankenversicherung einfacher, effizienter, transparenter und erst noch günstiger werden. „Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse ist die richtige Antwort auf das gescheiterte Experiment des freien Marktes mit seiner Scheinkonkurrenz“, ist Hanselmann überzeugt.

Uznach, 7. Mai 2011

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



## **Evi König geht in die wohlverdiente Pension**

**Unsere treue und langjährige Mitarbeiterin, Evi König, wurde nach 28 Dienstjahren im SPÖ-Landtagsclub offiziell in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.**



Evi hat den Landtagsclub wie einen Haushalt gemanagt und als Sekretärin die Abgeordneten und MitarbeiterInnen des Clubs mit ihrem grossem Wissen und viel Engagement tatkräftig unterstützt.

Clubobmann Michael Ritsch überreichte Evi als kleines Dankeschön auf der Maifeier einen Blumenstrauß und ein Präsent des Landtagsclubs.

Nicht nur Evi wird die Pension mit einem lachenden und einem weinenden Auge antreten, sondern auch die MitarbeiterInnen im Club. Denn zum einen hat sich Evi zwar „überreden“ lassen, weiterhin einmal wöchentlich für den Club tätig zu sein, andererseits werden ihre KollegInnen es aber gewiss vermissen, Evi jederzeit im Büro nach ihrer Meinung fragen zu können.

Wir wünschen Evi alles Gute als Neo-Pensionistin und freuen uns für sie, dass sie künftig mehr Zeit für ihre Familie, ihren Freund und ihre Hobbies hat.  
**SPÖ-Express, 06.05.2011**

## **Auch der Rote Seehas wünscht Evi alles Gute für den wohlverdienten Ruhestand**

**Die Redaktion**

### **Transparenz und Minderheitenrechte:**

## **Scheut die ÖVP die Wahrheit? SPÖ-Anträge von der Regierungspartei abgelehnt**



Dem SPÖ-Antrag betreffend Minderheitenrechte im Vorarlberger Landtag haben lediglich FPÖ und Grüne zugestimmt. Die ÖVP hat diesem erwartungsgemäß eine Absage erteilt.

Die im Vorarlberger Landtag geltenden Bestimmungen entsprechen längst nicht mehr modernen demokratischen Ansprüchen. Eine Besonderheit ist es deshalb, dass sich die Vorarlberger ÖVP weiterhin gegen mehr Minderheitenrechte ausspricht.

Dies lässt sich wohl nur dadurch erklären, dass die ÖVP als Regierungspartei sich dagegen wehrt, mehr Kontrolle und Transparenz in Landtag zu schaffen. Schließlich ist die ÖVP die einzige Partei die darüber bestimmen kann, ob sie sich selbst kontrollieren lässt.

Dasselbe gilt auch bei unserer Forderung nach einer Gehaltsoffenlegung aller Landtagsabgeordneten.

„Ich habe nichts zu verbergen“, erklärt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch „und anhand der Einkommenssteuererklärung lässt sich das einfach beweisen.“

Dass sich die ÖVP nach wie vor nicht gerne in die Karten schauen lässt, hat auch schon unsere vergebliche Forderung nach einer Untersuchungskommission im Fall Cain gezeigt. „Die Vertagung unseres Antrages zur Gehaltsoffenlegung durch die ÖVP beweist erneut die Scheu der ÖVP vor Transparenz im Land“, so LABg. Michael Ritsch.

Vergleich der Minderheitenrechte aller österreichischen Landtage als [PDF](#)

Antrag auf Minderheitenrechte im Landtag [PDF](#)  
**SPÖ-Express, 06.05.2011**

### **Maifeier der SPÖ Vorarlberg**

## **Michael Ritsch pocht auf Einführung der Reichensteuer und faire Lohnpolitik!**



Eine Besteuerung von Vermögen über 1 Million Euro würde rund 4 Milliarden Euro bringen, rechnet SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch den 250 BesucherInnen der 1. Maifeier im Hohenemser Löwensaal vor. Damit könnten die wichtigen Investitionsbereiche Pflege, Bildung, Gesundheit und Pensionen langfristig finanziert und damit gesichert werden.

Er, so Ritsch, werde weiters dafür kämpfen, dass eine faire Lastenverteilung und Lohnpolitik zu Stande kommt. Denn, so der SPÖ-Chef weiter, zu jedem Zeitpunkt waren die Reichen, die Konzerne, die Banken und Top-Manager die großen Profiteure, auch während der Krise. Es ist ihnen nämlich gelungen, die Gewinne zu privatisieren, ihre Verluste aber zu sozialisieren. Damit müsse jetzt Schluss sein, verlangte er unter Applaus der GenossInnen, und forderte die Solidarität der Vermögenden ein. Ritsch unterfütterte seine Position mit aktuellen Zahlen aus dem Wertschöpfungsbarometer der AK-Oberösterreich und dem Bankenrettungspaket.

Laut dem AK-Barometer haben österreichische Unternehmen 2009 - mitten in der Krise – im Durchschnitt 36.943 Euro pro Kopf an ihren Mitarbeitern verdient, und damit fast genauso viel wie 2007 und vor der Krise. Dafür stiegen die Gewinnausschüttungen. 2008 hatten sie 137 Prozent, 2009 etwa 116 Prozent der Jahresüberschüsse ausgemacht. Alleine die Wertschöpfung pro Arbeitnehmer sank um 2,4 Prozent, der Personalaufwand im gleichen Zeitraum um beinahe vier Prozent.

Dass das Bankenrettungspaket für den Steuerzahler kein gutes Geschäft ist, beweisen die rund 500 Millionen Euro, die nicht zurückbezahlt wurden. Hinzu kommen noch ca. 88 Millionen Euro aus der Refinanzierungslücke. Statt die Ursachen dieser großen Krise nachhaltig zu bekämpfen und die Reichen zu mehr Verantwortung gegenüber dem Sozialstaat aufzufordern, werde über Einsparungen im Sozialbereich, Pensionsaltererhöhung,... diskutiert.

Eine weitere Verfestigung der Verteilungsschiefelage müsse mit allen Mitteln verhindert werden, warnte Ritsch vor unvernünftigen Vorschlägen von neoliberaler Seite. Unterstützung bekam er vom Hauptreferenten Robert Misik, Journalist und mehrfach ausgezeichnete Autor. Er vertrat die Position, dass gerechtere Gesellschaften leistungsfähiger, zudem wirtschaftlich besser funktionieren und lebenswerter sind.

Gleichzeitig merkte er aber an, dass die SPÖ in diesen Bereichen ein klareres Profil brauche. Es genüge nicht nur zu versprechen, dass die Dinge nicht so schnell schlechter werden. Vielmehr wünsche er sich von der SPÖ, frei nach Kreisky, ein Bekenntnis dazu, „wie man die Dinge besser machen kann.“

Die Rede von Michael Ritsch als [PDF](#).

Die Rede von Hauptreferenten [Robert Misik](#).

Fotos der Maifeier in der [Fotogalerie](#).

SPÖ-Express, 06.05.2011

## **Bezirksfrauenkonferenz in Bludenz**

### **Olga Pircher mit 100 % als Vorsitzende bestätigt**

Bei der kürzlich abgehaltenen Bezirksfrauenkonferenz der SPÖ-Frauen Bludenz konnte sich die Bezirksfrauenvorsitzende Olga Pircher abermals über ein einstimmiges Votum freuen. Auch ihre Stellvertreterinnen Stadtfrauenvorsitzende Andrea Hopfgartner aus Bludenz und Vize-Bürgermeisterin Eva Nicolussi aus Nüziders und der gesamte Vorstand wurden einstimmig bestätigt. Der Vorstand setzt sich aus Frauen aus dem Bezirk Bludenz zusammen. Neben den vielen Aktivitäten während der letzten zwei Jahre wie Aktionen zum Internationalen

Frauentag, zum Muttertag und zum Tag gegen Gewalt an Frauen können die SPÖ-Frauen Bludenz auch auf gesellschaftliche Aktivitäten wie Reisen, Ausflüge und die beliebten Kaffekränzchen zurückblicken. Zum Abschluss bedankte sich die wiedergewählte Vorsitzende für das Vertrauen und für die Mithilfe bei allen Aktivistinnen.



SPÖ-Express,

13.05.2011

### **SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher fordert auf:**

## **Werden wir gemeinsam mit den Vereinten Nationen im Kampf gegen Armut aktiv!**

Mit einer bemerkenswerten Aktion in Form einer Installation zur Mutternacht informierten die SPÖ-Frauen, darunter Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher, die Abgeordneten Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger und Mirjam Jäger-Fischer die Bevölkerung in Dornbirn über die frauenpolitischen Ziele der Vereinten Nationen und des Global Marshall Planes.

Auf lebensgroßen, bunten Figuren wurden Ziele, wie die Senkung der Müttersterblichkeit und die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern, plakativ und eindrucksvoll dargestellt. Als Zeichen der Solidarität mit Frauen wurden Blumen verteilt.

Zu den Zielen des Global Marshall Planes gehören: Extreme Armut und Hunger beseitigen, die Gleichstellung der Frauen fördern, die Gesundheit der Mütter verbessern, aber auch Maßnahmen gegen die Mütter- und Kindersterblichkeit setzen. Zu diesen Zielen hat sich auch der Vorarlberger Landtag vor fünf Jahren einstimmig bekannt. „Von den Maßnahmen zur Umsetzung ist leider noch wenig zu hören“, stellt Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher fest.

„Gerade die Beseitigung der Armut ist eines der wichtigsten Themen. Die Erhöhung des Mindestlohnes in Kollektivverträgen auf 1300 Euro wäre ein erster wichtiger Schritt, von dem vor allem

Frauen profitieren würden“, so Pircher. Sie sieht die Forderung des Caritas-Präsidenten Küberl von 1200 Euro Mindestlohn als Unterstützung. Frauen sollten ein Auskommen mit ihrem Einkommen haben! Gerade Frauen sind oft stark armutsgefährdet.

SPÖ-Express,

13.05.2011

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

## **Für Jugendhaus und Kletterhalle**

### **SPD-Ortsverein Biberach sammelt weiter Unterschriften**

BIBERACH - Die Sammelaktion von Unterschriften für ein Jugendhaus und einen Kletterhallenbau an die neue Schulsporthalle geht weiter. Wie der Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Roland Luschkowski mitteilte, steht am Mittwoch, 27. April, an der Eselsskulptur auf dem Biberacher Markt zwischen 9 und 13 Uhr ein Infostand, an dem Befürworter unterschreiben können. "Wir haben schon über 1300 Unterschriften zusammenbekommen und hoffen, bald die 2000 zu erreichen", zeigte er sich zuversichtlich, den Biberacher Stadtverantwortlichen bald einen deutlichen Hinweis auf die Notwendigkeit von Jugendhaus und Kletterhalle überreichen zu können.

20.04.29011

**Wolfgang Heinzel,  
SPD-Ortsverein Biberach**

**SPD Kreis Ulm  
MdB Hilde Mattheis**

## **Für einen gerechten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und gegen Lohndumping**

Anlässlich ab dem 1. Mai gültigen neuen Gesetze trafen sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis ein Gespräch und der DGB-Regionalvorsitzenden Peter Fischer. Das Thema war die ab dem 1. Mai geltende uneingeschränkte Freizügigkeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind.

Die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis erklärte dazu: „Das Ziel des europäischen Einigungsprozesses war es nie die totale Konkurrenz der arbeitenden Bevölkerung Europas zu erreichen. Die sozialdemokratische Vorstellung eines friedlichen Zusammenlebens aller Völker Europas war und ist

immer auf Völkerverständigung und ein gemeinsames Streben nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgerichtet.“ Sie reagierte damit auf die Angst der Menschen vor der uneingeschränkten Freizügigkeit für alle ArbeitnehmerInnen innerhalb Europas. „Die Politik hat es verpasst hat den europäischen Einigungsprozess sozial zu gestalten und die Menschen wissen, dass der Prozess der niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen der vergangenen Jahre weiter geht. Die Bundesregierung hat die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und andere Regelungen, die Lohndumping - auch bei der Leiharbeit - unterbinden, verhindert. CDU, CSU und FDP haben eine solche Regelung in Deutschland verhindert. Dies ist Ausfluss der ideologisch motivierten Ignoranz von Schwarz-Gelb. Diese Ignoranz schürt die Angst der ArbeitnehmerInnen vor der Europäischen Union, anstatt die Völkerverständigung und den sozialen Frieden innerhalb Europas voran zu treiben.“, so Mattheis. Die SPD dagegen habe zumindest in der für Dumpingkonkurrenz besonders anfälligen Leiharbeitsbranche einen Mindestlohn durchgesetzt. Doch dies könne nur eine Übergangslösung zum Schutz gegen Lohndumping sein. Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro bleibt das Ziel für die Sozialdemokratie.

Hilde Mattheis ruft die Genossinnen und Genossen und die Bevölkerung gemeinsam mit den Gewerkschaften an den 1. Mai-Demonstrationen teil zu nehmen.

„Gerechter Lohn für gute Arbeit, die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit; das alles sind keine Maximalforderungen. Es sind Mindestansprüche an eine solidarische und gerechte Gesellschaftsordnung, in der der Wert der Arbeit geschätzt und die Würde der arbeitenden Menschen geachtet wird.“, erklären Hilde Mattheis und Peter Fischer.

29. März 2011

**Büro Hilde Mattheis**

## **Hilde Mattheis für die Offenlegung von Nebeneinkünften**

Zu der am Donnerstag im Geschäftsordnungsausschuss des Deutschen Bundestages anstehenden Entscheidung zu den Nebeneinkünften von Bundestagsabgeordneten erklärt die Ulmer Abgeordnete Hilde Mattheis:

Aktuell müssen die Politiker die Nebeneinkünfte ab 1.000 Euro pro Auftraggeber offenlegen, in Zukunft sollen die Nebeneinkünfte der Abgeordneten unterhalb 10.000 Euro jährlich nicht mehr offen gelegt werden müssen.

„Meiner Ansicht nach sollten die Mitglieder des Bundestages ihre kompletten Einkünfte offenlegen.

Nur durch Transparenz ist gewährleistet, dass die VolksvertreterInnen nicht beeinflusst werden“, so Mattheis. Durch eine komplette Offenlegung könnten Bürgerinnen und Bürger klar erkennen welche Unternehmen und Verbänden versuchen Abgeordnete zu beeinflussen.

Hilde Mattheis stellt klar: „Nur wenige Kolleginnen und Kollegen beziehen in diesem Maße Nebeneinkünfte, die meisten Gelder kommen aus Tätigkeiten in kommunalen Parlamenten oder Aufsichtsratsposten. Aber das Signal welches von so einem Beschluss ausgeht finde ich absolut falsch! “

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mattheis bezieht keinerlei Nebeneinkünfte, ihre Tätigkeiten in Vereine und anderen Organisationen sind ehrenamtlich.  
zum 10. Mai 2011, Büro Hilde Mattheis, MdB

## BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

### Europafest in Lindau

Am Samstag, den **21. Mai** um **15 Uhr** treffen sich alle Roten Seehasen aus der Schweiz, aus Vorarlberg, aus Baden Württemberg und aus Bayern beim **Europa-Fest des SPD- Unterbezirks Allgäu in Lindau** beim **Alten Rathaus** auf der Insel. Die Lindauer GenossInnen freuen sich auf Euren Besuch!

Danke!

Mit freundschaftlichen Grüßen

**Hermann Dorf Müller**

#### Leserzuschrift zu:

### „Grenzenlos zufrieden“

(Lindauer Zeitung v.16.4.11)

Die sieben Schwaben auf dem Pressefoto der LZ - also die Geschäftsführer der Stadtwerke Konstanz und ihre Kollegen von den verschiedensten Bodensee-Schiffahrtsbetrieben- sind „grenzenlos zufrieden.“

Diese Zufriedenheit bezieht sich auf die erfolgreiche Zusammenarbeit seit 126 Jahren und schließt u. a. „gemeinsame Tarife und einheitliche Fahrpläne“ mit ein. Und das obwohl „es nicht einfach ist, weil die Gesetzgebung der drei Länder sehr verschieden ist.“

Hier hat sich aber ein nicht zu überhörender Missklang in das unisono vorgetragene Loblied eingeschlichen, nämlich die Verdrehung der Wahrheit. Auf Grund der verschiedenen Gesetzgebungen ist der Tarif für Rollstuhlfahrer auf den Bodenseeschiffen völlig verschieden: Während am Überlinger See deutsches Gesetz gilt, das die notwendigen Begleitperson frei stellt (das selbe gilt am Schwei-

zer Ufer), werden auf dem Obersee Rollstuhlfahrer und Begleitperson abkassiert, weil hier Internationales Recht dies ermöglicht. Gegen diese Ungleichbehandlung wehren sich die Behindertenverbände seit drei Jahren vergeblich.

Ändern könnten dies die Regierungen der Anrainerstaaten des Bodensees, die in der Internationalen Bodenseekonferenz zusammenarbeiten. Deshalb wurde von der Sozialistischen Bodensee-Internationale der Präsident, Landeshauptmann Sausgruber angeschrieben. Dieser bestätigte den unerfreulichen Zustand und versprach, das Problem anzusprechen. Ebenso der Bayerische Abgeordnete Eberhard Rotter, MdL und Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments. Das war's dann auch schon. Auf eine Anfrage des Baden- Württembergischen Abgeordneten Norbert Zeller, MdL antwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung Anfang März dieses Jahres: “Eine Vereinheitlichung der Tarife kann allerdings nur mittels einer freiwilligen Übereinkunft der Verkehrsunternehmen zur gegenseitigen Anerkennung von Freifahrtberechtigungen erreicht werden.“

Die Politik hält sich da fein heraus. Die Stadtwerke Konstanz diskriminieren und kassieren am Obersee Behinderte doppelt ab und sind damit „grenzenlos zufrieden“.

17.04.2011

**Hermann Dorf Müller**

#### In einem Artikel vom 05.05.2011

### „Behinderte Menschen fordern einheitliche Schiffstarife“

stellt die Lindauer Zeitung die Sachlage noch einmal dar:

[http://www.schwaebische.de/suche\\_cosearch\\_behinderte+Menschen+fordern+einheitliche+Schiffstarife.html](http://www.schwaebische.de/suche_cosearch_behinderte+Menschen+fordern+einheitliche+Schiffstarife.html)

die Redaktion

## SPD Ba-Wü:

### Spitze der SPD-Landtagsfraktion komplett

#### Fraktion

In der Fraktion der SPD im Landtag Baden- Württemberg gab es heute Neuwahlen zum Geschäftsführenden Vorstand. Die Ergebnisse in der Übersicht:

- Andreas Stoch wird neuer Parlamentarischer Geschäftsführer
- Rosa Grünstein, Rita Haller- Haid und Martin Rivoir bilden Vize- Trio
- Wolfgang Drexler erneut als Landtagsvize-

präsident nominiert

Mit Neuwahlen zum Geschäftsführenden Vorstand hat die SPD- Fraktion auf ihrer heutigen Sitzung ihr Führungsgremium komplettiert. Der Heidenheimer Abgeordnete Andreas Stoch wird neuer Parlamentarischer Geschäftsführer. Auf den 41- jährigen Rechtsanwalt entfielen in geheimer Wahl 32 Ja-Stimmen. Mit Nein votierten 2 Fraktionsmitglieder.

Als neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden die Schwetzingener Abgeordnete Rosa Grünstein, die Tübinger Abgeordnete Rita Haller- Haid und der Ulmer Abgeordnete Martin Rivoir gewählt. Der 50- jährige Diplom- Ingenieur erhielt 28 Stimmen. Zwei Abgeordnete votierten mit Nein, vier enthielten sich der Stimme. Die 60- jährige Heimleiterin aus Tübingen bekam 26 Ja- Stimmen. Zwei Abgeordnete stimmten mit Nein, fünf mit Enthaltung. Für die 62- jährige Schwetzingener Abgeordnete gab es 29 Ja- Stimmen, zwei Parlamentarier votierten mit Nein, drei mit Enthaltung.

Mit einer einstimmig angenommenen Änderung der Geschäftsordnung der SPD- Fraktion wurde zuvor die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von zwei auf drei erhöht. „Die Rolle einer Regierungsfraktion verlangt es, unsere politische und parlamentarische Arbeit noch intensiver und breiter in der ganzen Fläche des Landes auch durch Spitzenpersonal zu vermitteln“, sagte SPD- Fraktionschef Claus Schmiedel zur Begründung.

Für die Wahl eines stellvertretenden Landtagspräsidenten nominierte die SPD- Fraktion in offener Abstimmung einstimmig erneut den 65- jährigen Esslinger Abgeordneten Wolfgang Drexler. Er amtierte bereits von 2006 bis 2011 als Erster stellvertretender Präsident des Landtags. In dieser Funktion gehört er ebenfalls mit Stimmrecht dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand an.

Schmiedel selbst war bereits auf der konstituierenden Sitzung der SPD- Landtagsfraktion am 29. März 2011 einstimmig in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender bestätigt worden.

SPD- Landeschef Nils Schmid, der an der Fraktionsitzung wegen eines wichtigen politischen Termins in Berlin nicht teilnehmen konnte, gehört dem neuen Geschäftsführenden Vorstand kraft seines Parteiambtes ebenfalls mit Stimmrecht an.

10.05.2011

SPD BW

## **Pressemitteilungen der Bundes-SPD:**

### **Schwesig trifft Deutschen Frauenrat:**

## **Gesellschaftliche Debatte über Pflege überfällig**

Nach einem Treffen mit Vertreterinnen des Vorstands des Deutschen Frauenrats im Willy-Brandt-

Haus erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit, Manuela Schwesig:

Das Gespräch hat deutlich gemacht, dass wir bei vielen Themen politisch an einem Strang ziehen. So sind es vor allem Frauen, die im Dienstleistungsgewerbe von Lohndumping betroffen sind. Sie würden von der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes stark profitieren.

Auch bei den Minijobs gilt es stärker als bisher Missbrauch zu verhindern. Immer mehr Firmen planen Minijobs anstelle von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen langfristig ein.

Einig waren wir uns auch darüber, dass eine gesellschaftliche Debatte über das Thema Pflege überfällig ist. Die Diskussion, wie eine menschenwürdige Pflege im Alter organisiert werden kann, muss aus ihrer Tabuecke geholt werden. Waren es früher die berufstätigen „Rabenmütter“, die ihre Kinder in der Kita betreuen ließen, so werden heute Frauen zu „Rabentöchtern“ abgestempelt, wenn sie ihre pflegebedürftigen Eltern nicht zuhause sondern in einer Einrichtung pflegen lassen. Hier gilt es eine offene Diskussion zu führen über die Rahmenbedingungen für Familien, um die Herausforderung Pflege bewältigen zu können. Das von der Bundesfamilienministerin Schröder vorgelegte Gesetz einer Familienpflegezeit ist absolut ungenügend. Darüber bestand Konsens. Die Bundesregierung muss ihrer großspurigen Ankündigung, 2011 zum Jahr der Pflege machen zu wollen, endlich gerecht werden. Denn immer mehr Menschen sind in Zukunft auf gute Rahmenbedingungen in der Pflege angewiesen.

Berlin, 10. Mai 2011

Pressestelle SPD

### **Wowereit:**

## **Kein Handlungsspielraum für Steuersenkungen**

Anlässlich der zu erwartenden Prognose für steigende Steuereinnahmen durch den Arbeitskreis Steuerschätzungen erklärt der stellvertretende Parteivorsitzende, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit:

Der konjunkturelle Aufschwung wird zu mehr Steuereinnahmen führen. Das ist ein gutes Zeichen. Diese Entwicklung entspannt die Haushaltslage bei Bund, Ländern und Gemeinden etwas. Die Lasten der vergangenen Jahre wiegen aber noch schwer.

Daher muss die Kanzlerin und die Bundesregierung die zu erwartenden reflexartig aufkommenden Debatten über Steuersenkungen jetzt sofort im Keim ersticken. Dafür gibt es keinen Handlungsspielraum.

Konsolidierung und Investitionen müssen die Leitlinien sein, entlang derer sich die Politik der Bundesregierung auszurichten hat. Um die zukünftigen Generationen nicht noch stärker zu belasten, muss es darum gehen, jetzt die Staatsfinanzen zu konsolidieren, um die Nettokreditaufnahme zurückführen zu können und die Zinsbelastung zu reduzieren. Nur auf diese Weise ergibt sich ein Handlungsspielraum, den man seriös nennen kann.

Jedem ökonomisch denkenden Akteur muss dabei aber auch klar sein: Wenn Mittel zur Verfügung stehen, müssen diese vom Staat dafür genutzt werden, zielgerichtet Investitionen zu tätigen, die im Idealfall Folgeinvestitionen nach sich ziehen. Nur so sichern wir nachhaltig konjunkturelle Stabilität. Investitionen in die Städtebauförderung folgen diesem Prinzip. Es ist belegt, dass ein Euro an Städtebaufördermitteln bis zu acht Euro weitere öffentliche und private Investitionen nach sich zieht. Die Bundesregierung hat die Mittel für die Städtebauförderung in 2010 radikal gekürzt und damit unter Beweis gestellt, dass sie kein volkswirtschaftlich denkender Akteur ist – vielmehr: sie agierte als Wachstumsbremse. Dieser Fehler muss im kommenden Jahr dringend repariert werden.

Es ist ärgerlich, wenn Fehler begangen werden. Aber es wäre noch ärgerlicher, wenn man aus Fehlern nicht lernen würde.

Berlin, 11. Mai 2011

Pressestelle SPD

### Schwesig:

## **Flächendeckender Mindestlohn statt Lohndrückerei**

Zu den heute veröffentlichten Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl der Aufstocker im vergangenen Jahr um 4,4 Prozent und im Vergleich zu 2007 um 13 Prozent gestiegen ist, erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit, Manuela Schwesig:

Die gute Nachricht des Tages ist, dass die Bundesagentur für Arbeit bis zum Herbst mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Wert seit 20 Jahren rechnet. Doch diese Nachricht ist nur die halbe Wahrheit, denn gleichzeitig wird gemeldet, dass die Zahl der Berufstätigen steigt, die trotz Arbeit auf SGB II-Bezüge und damit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Diese Entwicklung ist alarmierend. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen auch vom Lohn ihrer Arbeit leben können! Die Zahlen der BA zeigen, dass dies für immer mehr Menschen nicht mehr gilt, weil Unternehmen Dumping-Löhne zahlen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Ostdeutschland sind von diesem Missstand überproportional stark betroffen. So arbeiten in einem Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern viele Menschen in der Gastronomie, wo

besonders niedrige Löhne oftmals an der Tagesordnung sind.

Die Bundesregierung muss endlich handeln: Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Das ist auch angesichts der neuen Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai 2011 dringend geboten. Es muss Schluss sein damit, dass der Steuerzahler die Lohndrückerei subventionieren muss! Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde sowohl die Einkommenssituation von fünf Millionen Menschen verbessern als auch eine Entlastung für die öffentlichen Finanzen von über sieben Milliarden Euro bedeuten. Das belegt eine aktuelle Prognos-Studie.

Im Rahmen der HartzIV-Verhandlungen konnte sich die SPD mit ihrer Forderung nach einem Mindestlohn in der Zeit- und Leiharbeit, in der Sicherheits- und der Weiterbildungsbranche durchsetzen. Das war ein guter Erfolg für die insgesamt betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber die SPD wird weiter kämpfen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Er ist längst überfällig - was die heute veröffentlichten Zahlen zu den Aufstockern beweisen.

Berlin, 13. Mai 2011

Pressestelle SPD

### Nahles:

## **„FDP spielt „Reise nach Jerusalem“**

Zu der so genannten Neuaufstellung der FDP erklärt die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles:

Der neue FDP-Vorsitzende Philipp Rösler mag noch so eine nette Rede gehalten haben, einen Neuanfang hat er nicht geschafft. Weder inhaltlich noch personell.

Die FDP hat nur die „Reise nach Jerusalem“ gespielt – es wurde aber kein Stuhl weggezogen. Tatsächlich kleben die Mitverantwortlichen für die schlechteste Regierung, die Deutschland jemals hatte, weiter an Regierungsämtern. Auch Guido Westerwelle. Die FDP macht das Auswärtige Amt zur Bad Bank ihrer Partei.

Rösler steht auch nicht für eine programmatische Erneuerung: Der neoliberale Inhalt der FDP hat jetzt nur eine sympathischere Verpackung bekommen. Hinter Rösler verbirgt sich die gleiche Partei: Um bei der Bundestagswahl zu punkten, hat die FDP mit unrealistischen Steuerversprechen getäuscht. Als Regierungspartei hat sie ihr "Mehr-Netto-vom-Brutto"-Versprechen gebrochen und bedient wie gehabt ausschließlich Konzerne und Besserverdienende.

Die FDP hat keine Idee zur Lösung zentraler Probleme in Deutschland, weder zur Energiewende noch zu Zukunftsfragen von Arbeit, Gesundheit und Demokratie. Die FDP braucht man derzeit nicht.

Berlin, 14. Mai 2011

Pressestelle SPD

# Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion

## Freitag, 13. Mai 2011

### Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Erschreckender Niveauverlust

### Die Themen:

- Maritime Wirtschaft voran bringen
- Faire Arbeitsbedingungen für alle Menschen
- FDP am Abgrund: Westerwelles Rückzug vom Parteivorsitz ist keine Lösung
- Politik für Bürgerengagement weiterentwickeln
- Hilfspaket für Portugal
- Gesundheit als öffentliches globales Gut verstehen
- Bundesregierung soll Klimaschutz in der EU voranbringen
- SPD fordert Krippengipfel
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung: ausgewogen und klug

### Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Es geht nicht nur um die Krise der FDP -- sondern der Regierung

### Video/Foto:

- Rede Uwe Beckmeyer
- Rede Frank-Walter Steinmeier
- Statement von Christine Lambrecht zur Sicherungsverwahrung
- Pressestatement Frank-Walter Steinmeier
- Fotos vom 7. Werkstattgespräch der Zukunft

---

### Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

---

Erschreckender Niveauverlust

Es gibt ein grundsätzliches Versagen der Regierung Merkel, das in den Medien nicht immer klar genug gesehen wird: Das ist der Verlust von Vernunft und Verantwortungsbewusstsein. Statt Realismus zu zeigen und Standfestigkeit, lässt die Bundesregierung sich von Stimmungen treiben. Ich sehe darin eine große Gefahr.

Mehr ....:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56736,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56736,00.html)

---

### Die Themen

---

#### VERKEHR

Maritime Wirtschaft voran bringen - Maritime Wirtschaft ist Wachstumsmotor unserer Volkswirtschaft

Schwarz-Gelb fährt in der maritimen Politik auf falschem Kurs. Die Branche braucht Rückenwind für den globalen Wettbewerb. Die Bundesregierung muss dazu beitragen, das maritime Profil zu schärfen und das hervorragende Know-how in diesem Bereich zu bündeln und zu sichern. Dieses Potenzial der Branche müssen wir nutzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen umfangreichen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56547,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56547,00.html)

#### ARBEIT

Faire Arbeitsbedingungen für alle Menschen - Schwarz-Gelb versäumt es, die Arbeitnehmerfreizügigkeit politisch zu gestalten

Seit dem 1. Mai gilt auch für die meisten osteuropäischen EU-Länder die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die SPD wirft der Bundesregierung vor, ihre Verantwortung für die deutschen wie die europäischen Arbeitnehmer nicht wahrzunehmen. "Wir müssen allen Menschen in unserem Land faire Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und soziale Sicherheit garantieren", sagte die SPD-Politikerin Eva Hoegl im Bundestag. Schwarz-Gelb habe es versäumt, die Arbeitnehmerfreizügigkeit politisch zu gestalten.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56806,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56806,00.html)

## **AKTUELL**

FDP am Abgrund: Westerwelles Rückzug vom Parteivorsitz ist keine Lösung - Oppermann: Unwürdiges Postengeschacher hinterlässt Scherben

"Die FDP steht vor harten Flügelkämpfen. Marktradikale kämpfen gegen mitfühlende Liberale. Es entstehen zwei konkurrierende Machtzentren: Rainer Brüderle steht als Fraktionschef für die alte Klientelpolitik der Steuersenkungspartei FDP. Parteichef Rösler und Generalsekretär Lindner philosophieren derweil über Themen wie Bildung und Chancengleichheit", erklärte Thomas Oppermann.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56796,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56796,00.html)

## **FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

Politik für Bürgerengagement weiterentwickeln - Schwarz-Gelb setzt Mitwirkungsbereitschaft der Bürgergesellschaft aufs Spiel

Bürgerschaftliches Engagement muss im Dialog mit der Gesellschaft aktiv gestärkt werden. Die SPD wirft der Bundesregierung vor, die Mitwirkungsbereitschaft der Bürgergesellschaft aufs Spiel zu setzen. In einer von der SPD auf die Tagesordnung gesetzten Debatte übte die SPD-Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement, Ute Kumpf, deutliche Kritik. Die schwarz-gelbe Engagementstrategie ist substanzlos und lässt viele Fragen offen.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,55062,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55062,00.html)

## **EUROPA**

Hilfspaket für Portugal - Debatte im Bundestag

Der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung vor, Europa zu fürchten. Sie blicke mit ängstlichem Blick auf die innere Lage und drücke sich vor der Debatte. Er kritisierte, dass dem Bundestag wichtige Beratungsunterlagen vorenthalten werden.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56170,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56170,00.html)

## **GESUNDHEIT**

Gesundheit als öffentliches globales Gut verstehen - Die Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO stärken

Die Weltgesundheitsorganisation WHO und ihre Bedeutung, werden kaum noch wahrgenommen. Angesichts des relativ hohen finanziellen Beitrags aus Deutschland und vor allem angesichts der ausserordentlichen Bedeutung der globalen Gesundheit, kann dies aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion nicht weiter hingenommen werden. Deshalb stellen wir in unserem Antrag klar, dass Gesundheit ein globales öffentliches Gut sowie Menschenrecht ist und fordern, die Rolle der WHO zu stärken.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56227,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56227,00.html)

## **UMWELT/NATURSCHUTZ**

Bundesregierung soll Klimaschutz in der EU voranbringen - Mit einem guten Vorbild Europa zu weltweiten Klimaschutzzielen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung mit ihrem Antrag erneut auf, sich mit Blick auf die internationalen Klimaschutzverhandlungen dafür einzusetzen, dass die EU beschließt bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 unbedingte zu senken. Dieses 30-Prozent-Ziel könne die EU dann offensiv als Position in den kommenden internationalen Klimaschutzverhandlungen vertreten und diese somit voranbringen.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56618,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56618,00.html)

## **FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

SPD fordert Krippengipfel - Eltern brauchen zuverlässige Kinderbetreuung

Ab 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Geburtstag ihres Kindes. So hat es die SPD in der Grossen Koalition durchgesetzt. Seit Monaten wird immer deutlicher, dass der Bedarf an Krippenplätzen höher ausfallen wird, als ursprünglich vorausgesagt. Doch Familienministerin Schröder ignoriert die Probleme und legt die Hände in den Schooss. Wenn die Bundesregierung nicht handelt, bleiben sowohl die Kommunen als auch die Eltern am Ende im Regen stehen.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56790,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56790,00.html)

## **RECHT**

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung: ausgewogen und klug - Christine Lambrecht: Justizministerin muss Vorschläge unterbreiten

Das Urteil aus Karlsruhe bestätigt die Grundlinien der Reform des Rechts auf Sicherungsverwahrung, die die SPD mitgetragen hat. Straftäter, von denen unverändert eine Gefahr schwerster Gewalt- oder Sexualstraftaten ausgehen, dürfen nicht ohne weiteres auf freien Fuß gesetzt werden, erklärt Christine Lambrecht.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56201,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56201,00.html)

---

## **Pressestatement Frank-Walter Steinmeier**

---

Es geht nicht nur um die Krise der FDP - sondern der Regierung - Pressestatement von Frank-Walter Steinmeier, 10. 05.2011

Der SPD-Fraktionsvorsitzende sagte gegenüber den Medien der Tochter des in Gewahrsam befindlichen früheren, sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten in Weissrussland, Nikolai Statkevich, Unterstützung zu, um ihren Vater wieder in die Freiheit zu bringen. Des Weiteren berichtete Steinmeier von der Selbstauflösung der "Noch Regierungspartei FDP". Man erlebe die Erosion einer Regierungspartei, bei der die Versorgung mit Posten vor allem im Vordergrund steht.

Mehr ...:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_dok/0,,56742,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56742,00.html)

---

## **Video/Foto**

---

Beckmeyer: Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft  
Rede von Uwe Beckmeyer

Video ansehen ...:

[http://www.youtube.com/watch?v=TGz-xVwa\\_88&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=TGz-xVwa_88&feature=channel_video_title)

Steinmeier: Europa ist unsere Zukunft  
Rede von Frank-Walter Steinmeier

Video ansehen ...:

[http://www.youtube.com/watch?v=rcJHy-asWN8&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=rcJHy-asWN8&feature=channel_video_title)

Statement von Christine Lambrecht zur Sicherungsverwahrung - Die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Regelungen der Sicherungsverwahrung.

Video ansehen ...:

[http://www.youtube.com/watch?v=IP94tF1GQQM&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=IP94tF1GQQM&feature=channel_video_title)

Es geht nicht nur um die Krise der FDP -- sondern der Regierung - Pressestatement von Frank-Walter Steinmeier, 10. 05.2011

Video ansehen ...:

[http://www.youtube.com/watch?v=f6bFZFqUxGc&feature=channel\\_video\\_title](http://www.youtube.com/watch?v=f6bFZFqUxGc&feature=channel_video_title)

Fotos vom 7. Werkstattgespräch zur Zukunft der Arbeit  
<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157626688374332/>

Mit freundlichen Grüßen  
webteam@spdfraktion.de

---

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

---

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:  
[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,1910,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html)

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:  
[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_rubrik/0,,3942,00.html](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html)

## Bilder zum Parteitag in Sindelfingen



Foto: Winfried Kropp

### Die SPD-Ministerriege



Foto: Winfried Kropp

### Bodenseereise 22.05.11 – 27.05.11 der Seniorengruppe 60 + SPD Leverkusen

#### 22.05.11 Sonntag

17:30

Ankunft im Berggasthof Höchst, 88636 Illmensee,  
[www.hoechsten.de](http://www.hoechsten.de) Tel. 07555-92100,  
Gespräch mit SPD-Mitgliedern aus Meersburg



# SPD Lindau

## SPD-Europafest

**des Unterbezirks Allgäu-Bodensee**

**wo: Lindau Reichsplatz, Altes Rathaus, Südseite**

Parkmöglichkeit vor der Insel oder  
Parkplatz auf der hinteren Insel



**wann: Samstag 21. 05. 2011 15 Uhr**

mit Gästen aus Baden-Württemberg, Schweiz, Vorarlberg,  
der Lindauer Partnerstadt Chelles, Frankreich

und griechischer Musik mit Christos Sterzos

Für Kaffee, Kuchen, Getränke und Gegrilltes ist gesorgt

Auf Euer Kommen freuen sich

**Markus Kubatschka SPD-Unterbezirkvorsitzender Allgäu-Bodensee**

**Helmut Kees SPD- Ortsvereinsvorsitzender Lindau**

V. i. S. d. P. Helmut Kees

# Zugaben

## Geschlechtersensibel schreiben

### Die beste Wahl: Feminisierung und Splitting

Wo von Frauen die Rede ist, muss dies sprachlich auch zum Ausdruck kommen. Im Deutschen kann dies vor allem durch die Feminisierung erreicht werden. Gebrauch werden schon vorhandene oder neu gebildete feminine Personenbezeichnungen:

- *Bundestagspräsidentin; Bischöfin; Industriekauffrau; Feuerwehrfrau.*

Wo von Frauen und Männern die Rede ist, sind beide gleich zu behandeln. Dies kann durch das sog. Splitting geschehen. Benutzt werden Ausdrücke mit ausdrücklichen femininen und maskulinen Personenbezeichnungen:

- *Kolleginnen und Kollegen; jede Wählerin bzw. jeder Wähler; wir suchen: eine Fachfrau oder einen Fachmann.*

### Neutrale Bezeichnungen

Es gibt auch gute Alternativen zu den generell „männlich“ klingenden Formen.

- *Fachleute, Kollegium, Studierende, Teilnehmende, das Ratsmitglied, das Stadtoberhaupt, die Vertrauensperson, die Fachkraft,.*

### Kreativ formulieren

1. Die direkte Anrede ist geschlechtersensibel und auch sprachlich eleganter:

- *Statt: „Der Benutzer hat zu beachten... Besser: „Bitte beachten Sie ...*

2. Wer die direkte Anrede wählt, kann auch das Wörtchen „man“ vermeiden:

- *Statt: Man verwendet das Spray für ... Besser: Verwenden Sie das Spray für ...*

3. Dem „man“ lässt sich auch ausweichen, indem der Satz umformuliert wird:

# Zugaben

## CHECKLISTE

## Parteitagsanträge geschlechtersensibel schreiben

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen. Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit.

### 1. Allgemeines:

- Werden beide Geschlechter ausdrücklich angesprochen?
- Werden die Basics für geschlechtersensible Sprache angewandt (siehe Zugabe „Geschlechtersensibel schreiben“)?
- Können stereotype Zuschreibungen durch differenzierte Bilder ersetzt werden?
- Wird in dem Antrag klar und deutlich über Geschlechterverhältnisse gesprochen?

### 2. Antragstellung:

- Wer stellt den Antrag?
- Wer ist an dem Prozess beteiligt?

# Zugaben

## CHECKLISTE

### Geschlechtersensible Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen. Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit.

#### 1. Zuallererst:

- Was soll erreicht werden, welches Ziel verfolgst Du?
- Wie lautet in einem Satz die Kernbotschaft?
- Wer wird angesprochen? Welche Zielgruppe ist gemeint?

#### 2. Prozess:

- Wer produziert die Pressearbeit bzw. die Öffentlichkeitsarbeit? Wie und an welcher Stelle sind Frauen und Männer in diesem Prozess beteiligt?

Von: [ASF@SPD.de](mailto:ASF@SPD.de)



Der „Kleine Aussenminister“ – Peter Friedrich – rechts Hilde Mattheis

Foto: Winfried Kropp

# Impressum

## Herausgeber:

**Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)**

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

**Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg**

**Tel.: 07532/313048**

**E-Mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)**

und

**Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren**

**Tel.: 07542/20349**

**E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)**

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

<b>Büro Peter Simon, MdEP:</b>	<a href="mailto:peter.simon@europarl.europa.eu">peter.simon@europarl.europa.eu</a>
<b>Evelyne Gebhardt, MdEP:</b>	<a href="mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de">EGebhardt.MdEP@t-online.de</a>
<b>Europa Aktuell:</b>	<a href="http://asf-bw.de">http://asf-bw.de</a>
<b>Susi Schnäpf/Asf-Aktuell:</b>	<a href="mailto:ASabah1@web.de">ASabah1@web.de</a>
<b>Adnan Sabah:</b>	<a href="mailto:dietram.claudia@t-online.de">dietram.claudia@t-online.de</a>
<b>Dietram Hoffmann:</b>	<a href="http://www.bodensee-internationale.org">www.bodensee-internationale.org</a>
<b>SBI:</b>	<a href="mailto:f-v-woff@online.de">f-v-woff@online.de</a>
<b>Friederike v. Wolff</b>	<a href="mailto:sulzer@sp-sg.ch">sulzer@sp-sg.ch</a>
<b>Dario Sulzer:</b>	<a href="mailto:info@sp-sg.ch">info@sp-sg.ch</a>
<b>Claudia Friedl, Kantonsrätin:</b>	<a href="mailto:hubert.loetsch@spoe.at">hubert.loetsch@spoe.at</a> <a href="http://www.spoe.at">www.spoe.at</a>
<b>SPÖ-Express:</b>	<a href="mailto:Wolf99maci@aol.com">Wolf99maci@aol.com</a>
<b>Wolfgang Heinzel:</b>	<a href="mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de">hilde.mattheis.ma01@bundestag.de</a>
<b>Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:</b>	<a href="mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de">hilde.mattheis@wk.bundestag.de</a>
<b>Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:</b>	<a href="mailto:hermann.dorfmueller@web.de">hermann.dorfmueller@web.de</a>
<b>Hermann Dormüller:</b>	<a href="mailto:bawue@spd.de">bawue@spd.de</a>
<b>SPD-BW:</b>	<a href="mailto:pressestelle@spd.de">pressestelle@spd.de</a>
<b>SPD Presseservice:</b>	<a href="mailto:aboservice@spdfraktion.de">aboservice@spdfraktion.de</a>
<b>Newsletter Bundestagsfraktion:</b>	<a href="mailto:webteam@spdfraktion.de">webteam@spdfraktion.de</a>
<b>Bundestagsfraktion:</b>	<a href="mailto:kropp@spd-kreis-konstanz.de">kropp@spd-kreis-konstanz.de</a>
<b>Winfried Kropp:</b>	<a href="mailto:ropille@versanet.de">ropille@versanet.de</a>
<b>Rolf Pillekat:</b>	<a href="mailto:Helmut.Kees@t-online.de">Helmut.Kees@t-online.de</a>
<b>Helmut Kees:</b>	<a href="mailto:ASF@SPD.de">ASF@SPD.de</a>
<b>AsF:</b>	<a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a> <a href="http://SPD.de">SPD.de</a>
<b>Bundes-SPD (SPD.de):</b>	

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.  
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)